

Evangelischer Oberkirchenrat A.u.H.B. Wien

1180 Wien, Severin Schreiber-Gasse 3 Telefon 0222 / 47 15 23

Betrifft GESETZENTWURF
Zi. 39. GE 9 88

Zahl: 2225/88

Datum: 28. APR. 1988

Wien, am 25.4.1988

Präsidium des Nationalrats

Verf. 29. April 1988 *Postacher*Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien*H. G. G. G. G.*

Betr.:

Entwurf des Körperschaftssteuergesetzes 1988
KStG 1988

Der Evangelische Oberkirchenrat A.u.H.B. erlaubt sich, auf die Aussendung des Bundesministeriums für Finanzen vom 30. März 1988 Bezug zu nehmen und in der Anlage 22fach die Stellungnahme zum Körperschaftssteuergesetzesentwurf 1988 mit der Bitte um weitere Veranlassungen vorzulegen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

Evangelischer Oberkirchenrat A.u.H.B.

Kirchenkanzler RA Dr. Emmerich Fritz

*H. G. G. G. G.*

Evangelischer Oberkirchenrat A.u.H.B. Wien

1180 Wien, Severin Schreiber-Gasse 3 Telefon 0222/47 15 23

Zahl: 2225/88

Wien, am 25.4.1988

Bundesministerium
für Finanzenda.GZ. 13 5002/1-IV/13/88Himmelpfortgasse 4-8
1015 Wien

Betr.:

Entwurf des Körperschaftssteuergesetzes 1988
KStG 1988

Die Evangelische Kirchenleitung nimmt zu dem übersandten Entwurf des Körperschaftssteuergesetzes 1988 wie folgt S t e l l u n g:

Gemäß § 5 sind die dort genannten juristischen Personen von der Körperschaftssteuer befreit. Danach sind auch gemäß § 5 Z. 6 Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die der Förderung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke dienen, von der Körperschaftssteuer befreit. Es besteht sohin keinerlei Zweifel, daß evangelisch-kirchliche Vereine, die diese Voraussetzungen erfüllen, von der Körperschaftssteuer befreit sind.

Hinsichtlich der römisch-katholischen Kirche ist die Körperschaftssteuerbefreiung nicht nur im Staatsrecht, sondern auch im Konkordat und damit völkerrechtlich verankert.

Der Evangelischen Kirche in Österreich und deren Organisationsformen ist aufgrund des Bundesgesetzes über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. 182/1961, verfassungsgesetzlich gewährleistet, daß "alle Akte der Gesetzgebung und Vollziehung, die die Evangelische Kirche betreffen, den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz im Verhältnis zur rechtlichen und

- 2 -

tatsächlichen Stellung der anderen gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften zu beachten haben."

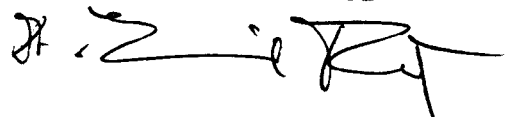
Kirchen fallen nicht unter die in § 1 (1) KStG aufgezählten Körperschaften und ist insoferne, da die Aufzählung des Gesetzes taxativ ist, klargestellt, daß die Kirchen nicht körperschaftssteuerpflichtig sind. Beim Betriebsbegriff des § 2 können Kollisionen mit den Befreiungsbestimmungen entstehen.

Die in § 3 (1) vorgesehene Formulierung, wonach "inländische Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie von der Körperschaftssteuer befreit sind", beschränkt körperschaftssteuerpflichtig sind, wobei sich der Umfang der Steuerpflicht nach § 22 richtet, enthält hinsichtlich der Evangelischen Kirche in Österreich und deren Gemeinden (sämtliche Körperschaften des öffentlichen Rechts) die Auslegungsgefahr, daß entgegen der verfassungsgesetzlichen Gleichstellung z.B. mit der römisch-katholischen Kirche, die Körperschaftssteuerpflichtigkeit angenommen würde, wogegen sich die Evangelische Kirche in Österreich hiermit nachhaltig ausspricht.

Ähnliches läßt sich auch für die Pensionseinrichtungen der Evangelischen Kirche ausführen, wobei sämtliche geistliche Amtsträger der Evangelischen Kirche in Österreich und deren Witwen und Waisen aus dem ASVG herausgenommen, Pflichtmitglieder der kirchlichen Pensionseinrichtungen sind.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Evangelischer Oberkirchenrat A.u.H.B.
Kirchenkanzler RA Dr.Emmerich Fritz



22fach an den Präsidenten des Nationalrates

1 DU: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport